

**Andreas Zumach:**

## **Ein Jahr Irakkrieg**

### **Bilanz des Scheiterns**

*Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 49, Heft 3 (März 2004), S. 289–296*

**Harald Müller:**

## **Abrüstung nach dem Abrüstungskrieg**

### **Kleine Erfolge und neue Risiken**

*Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 49, Heft 3 (März 2004), S. 297–306*

An sich wäre der Beitrag des Publizisten und Korrespondenten diverser Zeitungen, Andreas Zumach, der unbelastet von jedem Versuch objektiver Beurteilung ist, nicht weiter lesenswert; er gibt aber eine weit verbreitete Stimmung über die Rolle der USA im Irak-Krieg wieder, und die renommierten Blätter für deutsche und internationale Politik geben dem Autor Raum!

Zumach kommt zum Ergebnis, dass die Bilanz katastrophal ist: Der Präventivkrieg im Irak könnte zu einem akzeptierten Präzedenzfall werden und bedroht so das Völkerrecht der Vereinten Nationen. Die langfristigen Folgen des Krieges seien schlimmer als selbst von Kritikern zuvor befürchtet, und statt die Versorgung des irakischen Volkes zu organisieren, konzentrierten sich die US-Besatzer darauf, den Ausverkauf des Landes an ausländische Unternehmen und die langfristige Präsenz der eigenen Streitkräfte zu sichern.

Er geht auf die „Propagandalügen“ zur Rechtfertigung des Irak-Krieges durch Bush und Blair ein, nennt aber nur die vermutete Existenz von Massenvernichtungswaffen und die Verbindung mit der Al Quaida als Rechtfertigungsgründe des Krieges und vergisst, die anderen Gründe zu nennen. Die Bush-Regierung be-

gründete die Invasion ja mit einer Reihe von Argumenten, die von Menschenrechtsverletzungen bis zur Neuordnung und Demokratisierung des Nahen Ostens reichten. Im Mittelpunkt der Wahrnehmung stand natürlich die Notwendigkeit, den Irak an der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und weit reichenden Raketen zu hindern.

Seit dem Irak-Krieg stehe die internationale Staatengemeinschaft vor einer historischen Alternative: Rückkehr zum Völkerrecht oder Präventivkrieg als Dauerzustand. Dabei wird übersehen, dass der eigentliche Dauerzustand der ist, dass gegen das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen ständig verstoßen wird, was die über 250 Kriege seit Bestehen der Vereinten Nationen erschütternd belegen. Die Argumentation, dass der Irak-Krieg der „schwerste“ Verstoß gegen das Völkerrecht ist, weil er eine absichtliche Missachtung des Willens der Mehrheit der UNO-Mitgliedsstaaten war, wirkt angesichts dieses Umstandes eigenartig. Zwar kann man mit Zumach übereinstimmen, dass das Scheitern des Versuches der Regierung Bush, eine Resolution zur Kriegsermächtigung zu erwirken, eine schwere diplomatische Niederlage der USA gewesen ist. Dass das aber zugleich ein Sieg der UNO über ihr wichtigstes Mitgliedsland gewesen sein soll, ist nicht nachvollziehbar, denn die USA haben den Krieg schließlich geführt und damit eine Art Vorrang ihrer eigenen strategischen Konzeption gegenüber der UNO dargetan. Letzteres ist problematisch. Aber auch andere Kriege waren bewusste Verletzungen des Gewaltverbotes der UNO. Die wirkliche Problematik hinsichtlich des Irak-Krieges besteht darin, dass nicht irgendein Schurkenstaat die UNO-Charta missachtet hat, sondern eben die große Führungsmacht der westlichen Welt. Dies in einer objektiven Weise näher zu erläutern, wäre eine anspruchsvolle und sinnvolle Aufgabe.

Diesem Anspruch kommt der Professor für internationale Beziehungen an der Universität Frankfurt und Leiter der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“, Harald Müller, schon wesentlich näher.

Er geht der Frage nach, ob der Irak-Krieg durch die Demonstration der militärischen Stärke der USA indirekt zur Abrüstung beigetragen hat oder ob er die Bemühungen zur Eindämmung und Verhinderung der Proliferation langfristig eher behindert. Für Ersteres spricht, dass sich der Iran und Libyen zur Offenlegung beziehungsweise Beendigung ihrer nuklearen Waffenprogramme entschlossen haben und dass das Atomwaffenprogramm Nordkoreas Gegenstand multilateraler Verhandlungen und Gespräche geworden ist. Für Letzteres spricht allerdings, dass sich aufgrund der militärischen Stärke der USA und ihrer Entschlossenheit, auch Invasionen durchzuführen, bei Problemstaaten die Überlegung durchsetzen könnte, man muss im Besitz von Nuklearwaffen sein, um die USA notfalls abschrecken zu können. Gerade auf diesen Fall bereiten sich die USA aber vor, indem sie so genannte „Mininukes“ planen, die zum Knacken von Lagern von Massenvernichtungswaffen und Führungsbunkern eingesetzt werden sollen, was die Entschlossenheit der Regierung Bush demonstriert, das US-Nukleararsenal in Einsatzbereitschaft zu halten und auch für Auseinandersetzungen mit so genannten Schurkenstaaten einzusetzen.

Müller weist zu Recht darauf hin, dass sich die USA vom Konzept der multilateralen Abrüstung durch Verhandlungslösungen abgewendet haben; es ginge ja um Gespräche über die Weltraumrüstung, worauf insbesondere China drängt, das dann vielleicht in anderen Bereichen zu Konzessionen bereit wäre. Aber genau das wollen die USA nicht, geht es ihnen doch neben der Raketenabwehr um die Erlangung einzigartiger strategischer Überlegenheit. So kontrastiert der fehlende Abrüstungswille der USA mit ihrem kategorischen Verlangen, dass andere sich nicht in den Besitz von Massenvernichtungswaffen setzen dürfen beziehungsweise vorhandene zu beseitigen seien. Dieses Verlangen ist allerdings objektiv positiv, denn die Gefahr eines atomaren Krieges war wohl noch nie so groß wie derzeit. Aber selbst wenn die USA die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie

verhindern wollen, um die eigene Vorherrschaft abzusichern, bedeutet dies jedenfalls einen Sicherheitsgewinn für alle, weil die Verhinderung der Proliferation eben ein höheres Maß an gemeinsamer Sicherheit mit sich brächte, was auch die jeweilige nationale Sicherheit erhöht.

Rüstungskontrolle und Abrüstung sind nicht Ausfluss eines naiven Idealismus; sie beruhen vielmehr auf dem Kalkül, dass auf Kooperation basierende Sicherheit die Risiken mehr und zu geringeren Kosten mindert, als Selbsthilfe durch einseitige Rüstung dies tun könnte. Das Sicherheitsdilemma besteht ja darin, dass Selbsthilfe-rüstung Ungewissheit, Misstrauen und Feindbilder auf allen Seiten erzeugt und zu einer kostenträchtigen Rüstungsdynamik führt. Abrüstungsvereinbarungen hingegen, die den Vertragspartnern Verpflichtungen auferlegen und deren Einhaltung überprüfbar ist, steigern Berechenbarkeit und Sicherheit, ohne dass es zu den so hohen Kosten einseitiger Rüstungsanstrengungen kommen muss.

Hinsichtlich des Einlenkens des Iran in seiner Nuklearpolitik sieht Müller, dass neben verschiedenen anderen Maßnahmen und Mitteln wie den wirtschaftlichen Anreizen seitens der EU, der – vor allem europäischen – Krisendiplomatie und den Maßnahmen der Internationalen Atom-Energie-Organisation (IAEO) auch der militärische Druck durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen im Irak zur einer Verhaltensänderung der iranischen Führung beigetragen haben wird.

Hinsichtlich des libyschen Einlenkens muss man natürlich berücksichtigen, dass sich ein Kurswechsel Muammar Gaddafis im Sinne einer Kooperationsbereitschaft mit dem Westen schon vor dem Irak-Krieg abgezeichnet hat; der massive militärische Aufmarsch am persischen Golf hat aber auf den libyschen Diktator sicher großen Eindruck gemacht.

Im Falle Nordkoreas spielt der militärische Druck wohl die geringste Rolle; es ist unrealistisch, dass die Amerikaner dort aufmar-

schieren. Aber gerade das ist als Umkehrschluss auch eine Begründung: Militärische Stärke kann zum Einlenken in der Nuklearpolitik entscheidend beitragen, was eben bei Nordkorea noch nicht erfolgt ist.

Die Lektion des Irak-Krieges kann so interpretiert werden, dass die Drohung mit einem Krieg überzeugt, dass freiwillige Abrüstung der einzige Ausweg ist. Bleibt aber danach die wirtschaftliche Kooperation aus und bleiben die Sicherheitsbedürfnisse der betroffenen Staaten trotz der Konzessionen unerfüllt, dann kann die Abrüstungsbereitschaft schnell in ihr Gegenteil umschlagen. Andere Länder, deren Beziehungen zu den USA nicht von Freundschaft geprägt sind, werden sehr genau darauf schauen, was mit Libyen und dem Iran geschieht, wenn sie ihre Versprechungen wahr machen, welche Behandlung sie dann durch die USA und die westliche Staatenwelt erfahren.

Problematisch ist auch der ungleiche Umgang mit Proliferationsaktivitäten hinsichtlich arabischer Staaten und Israels, auf das weder die USA noch die anderen Nuklearstaaten Druck ausüben.

Problematisch ist weiters die Ignoranz amerikanischer Sicherheitspolitiker gegenüber dem Nichtverbreitungsregime im Massenvernichtungswaffenbereich generell. Die Mängel dieser Regime sind zwar gegeben, aber ohne diese Regime droht der Nutzen, der aus der amerikanischen Bereitschaft resultiert, für Nichtverbreitungsziele auch militärische Macht einzusetzen, wieder neutralisiert zu werden.

**Erich Reiter**